

Große Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlandpolitik

Die Bundesregierung hat eine ordentliche Vorlage des Berichts zur Lage der Nation im geteilten Deutschland dem Deutschen Bundestag verweigert. Ein deutschen Fragen gewidmetes Kapitel in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16. Dezember 1976 kann keineswegs als Ersatz für die Erfüllung eines rechtlichen Auftrages angesehen werden. Der Bundeskanzler erklärte sich am 20. Januar 1977 bereit zu jeder gewünschten Auskunft über innerdeutsche Angelegenheiten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt die nachfolgende Große Anfrage zur Deutschlandpolitik vor, um der Bundesregierung Gelegenheit zu ausführlicher Antwort und dem Deutschen Bundestag zu umfassender Debatte zu geben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht dabei davon aus, daß die von ihr gestellten Fragen die wichtigsten und problematischsten Punkte der Deutschland- und Ostpolitik ansprechen und auch jene Fragestellungen widerspiegeln, die sich gerade in den letzten Monaten nicht nur in der Bevölkerung der beiden Staaten in Deutschland, sondern darüber hinaus bei allen Deutschen ergeben haben.

Die Politik einer vorgeblichen Entspannung gegenüber der DDR, die vom Gegeneinander zum Miteinander führen sollte, ist nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion in eine Sackgasse geraten. Frühere Antworten der Bundesregierung auf Große und Kleine Anfragen der CDU/CSU-Fraktion können heute nicht mehr wiederholt werden. Die Enttäuschungen und Ernüchterungen gerade im letzten Jahr fordern neue Antworten. Es kommt daher darauf an, mit dem notwendigen Maß an Realismus die politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten im geteilten Deutschland zu sehen und nicht durch Verschweigen oder Beschönigen die Methoden und Ziele kommunistischer und sowjetischer Politik in Deutschland zu überdecken.

Um die Lage der Nation darstellen zu können, muß auch nach der Rolle der DDR im Verband der Warschauer Pakt-Staaten und des Comecon gefragt werden. Die Aktivitäten der DDR-

Propaganda in anderen Ländern gehören ins Gesamtbild. Auch die Situation in der DDR selbst muß Gegenstand der Fragen sein; denn es ist die der Bundesrepublik Deutschland von der Verfassung auferlegte Pflicht, die Interessen aller Deutschen wahrzunehmen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

I. Zum Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR

Vorbemerkung

In Artikel I des Grundlagenvertrages wird die Entwicklung „normaler gutnachbarlicher Beziehungen“ zwischen den beiden Staaten in Deutschland als Ziel der Deutschlandpolitik der Bundesregierung formuliert. Die Wirklichkeit in Deutschland spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gehen die DDR-Machthaber mehr und mehr zu einer unverhüllten Konfrontationspolitik über. Wir sind heute von einer sogenannten Normalisierung oder von „gutnachbarlichen Beziehungen“ weiter denn je entfernt. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich jetzt, daß die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in ihren Grundannahmen unzutreffend und in ihrer Architektur nicht tragfähig ist.

1. Hält die Bundesregierung unverrückbar an der einen deutschen Staatsangehörigkeit fest?
2. Wie bewertet die Bundesregierung allgemein den Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hinsichtlich der Zielsetzung von Artikel 1 des innerdeutschen Grundvertrages, „normale, gutnachbarliche Beziehungen“ herzustellen?
3. Was hat die Bundesregierung unternommen, und was wird sie künftig tun, um die Einhaltung der in Artikel 2 des innerdeutschen Grundvertrages enthaltenen Verpflichtung der DDR zur Wahrung der Menschenrechte herbeizuführen?
4. Was hat die Bundesregierung getan und was wird sie künftig tun, um die Einhaltung der von der DDR übernommenen Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 sowie aus der Schlußakte von Helsinki herbeizuführen?
5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es zu ihrer Sorgepflicht gegenüber allen Deutschen gehört, aktiv für die Sicherung der Menschenrechte auch in Mitteldeutschland einzutreten?
6. Identifiziert sich der Bundeskanzler und die Bundesregierung mit Ausführungen einer sogenannten Studie des Bundeskanzleramtes zur Deutschlandpolitik vom September 1976, in der es u. a. heißt:

- a) „ganz sicher ist drüben schon seit den 50er Jahren ein eigenes Staatsbewußtsein gewachsen“,
- b) „jede Verschärfung in den Beziehungen führt nicht mehr die DDR-Bevölkerung auf unsere Seite, sondern kann auch die Menschen drüben ein Stück mehr von uns entfremden, bis hin zu einem Aggressionsaufbau DDR-Deutsche versus Bundesdeutsche (Verlagerung des Prinzips der ‚Erbfeindschaft‘ von der West- an die Ostgrenze)?“

Beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, diese Auffassungen ihrer Deutschlandpolitik zugrunde zu legen?

- 7. Sieht sich das Bundeskanzleramt in der Lage, diese und andere Behauptungen der genannten Studie zu beweisen? Liegen ihm insbesondere wissenschaftliche Forschungs- und andere Befragungsergebnisse vor, die eine zutreffende Beurteilung der wahren Verhältnisse in der DDR erlauben?
- 8. Stehen die Äußerungen von Staatssekretär Gaus vom 31. Januar 1977 „wir können von der DDR mit größerem Nachdruck und größerer Erfolgsaussicht verlangen, daß sie bestimmte Dinge unterläßt und bestimmte Dinge tut, wenn auch wir – durchaus im Einklang mit dem Grundgesetz – für die Staatsangehörigkeitsfrage Lösungen und Verhaltensweisen finden, die nicht immer wieder neue politische Konflikte zwischen den beiden Staaten heraufbeschwören“ in einem inneren Zusammenhang mit der angeführten Studie des Bundeskanzleramtes?
- 9. Welche „größere“ Anzahl von Vorschlägen zur praktischen Verbesserung der Lage der Menschen im gespaltenen Deutschland hat die Bundesregierung „seit Mai 1976“ der DDR-Regierung vorgelegt, wovon diese „einige Punkte“ (siehe Bulletin vom 9. September 1976) berücksichtigt hat?
- 10. Wie ist der Stand der 1972 in Aussicht genommenen Folgeverträge zum Grundvertrag, insbesondere hinsichtlich
 - eines Kulturabkommens,
 - eines Abkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit,
 - eines Rechtshilfeabkommens,
 - eines gegenseitigen Bezugs von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen?Wie ist der Stand des nach dem Verkehrsvertrag in Aussicht genommenen Luftverkehrsabkommens?
Wie beurteilt die Bundesregierung nach den mittlerweile gesammelten Erfahrungen die Aussichten auf den genannten Gebieten, zu Vertragsabschlüssen zu gelangen?
- 11. Wie ist der Stand der Familienzusammenführung zwischen beiden Teilen Deutschlands (siehe Briefwechsel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972)?

12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die in der DDR aus politischen Gründen praktizierte zwangsweise Wegnahme von Kindern vor?
Welche besonderen Bemühungen hat die Bundesregierung mit welchen Erfolgen unternommen, um diese Kinder wieder mit ihren Eltern zusammenzuführen?
13. Welche Bemühungen hat die Bundesregierung zur Verbesserung des innerdeutschen Reiseverkehrs unternommen, insbesondere hinsichtlich:
- der Öffnung weiterer Übergänge an der innerdeutschen Grenze,
 - zur Reduzierung des sogenannten Zwangsumtauschs der Visa- und Straßenbenutzungsgebühren,
 - der Vereinfachung des Antragsverfahrens, der Ausdehnung der Aufenthaltszeit, der Benutzung unterschiedlicher Übergänge bei der Ein- und Ausreise bei Tagesaufenthalt?
- Welchen Erfolg hatten diese Bemühungen?
14. Welche neueren Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die weitere Perfektionierung der Abriegelungen an der innerdeutschen Grenze seit dem Abschluß des innerdeutschen Grundvertrages?
Wie hoch ist die Zahl der sogenannten „freiwilligen Helfer“, insbesondere unter der „Freien Deutschen Jugend (FDJ)“, die im Zonengrenzgebiet zur Menschenjagd ausgebildet und tätig sind?
Für wie stark in Mannschaften, Ausbildung, Bewaffnung und Dislozierung schätzt die Bundesregierung die „Grenztruppe der DDR“?
15. Wie ist der Stand der Feststellung und Markierung des Verlaufs der innerdeutschen Grenze, insbesondere an der Elbe zwischen Schnackenburg und Lauenburg?
In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung die Arbeit der Grenzkommision abzuschließen?
16. Wie groß waren nach Zahl und Summe die Bundesbürgschaften im Rahmen des innerdeutschen Handels – nach Jahren aufgeschlüsselt – seit 1970? Besteht die Absicht, den Rahmen der Bundesbürgschaften auszuweiten?
Welche Bedeutung hat der innerdeutsche Handel für die Wirtschaft der DDR, insbesondere im Hinblick auf das in der DDR vorhandene System der Planwirtschaft?
17. Welche Vorteile hatte und hat die Wirtschaft der DDR über den innerdeutschen Handel aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft?
18. Welche Bedeutung hat der innerdeutsche Handel für die DDR unter Berücksichtigung ihrer Leistungsverpflichtungen gegenüber den Staaten des Comecon?
19. Verstößt die DDR gegen Verpflichtungen aus dem Grundvertrag und gegen moralisch-politische Absichtserklärungen?

gen der KSZE-Schlußakte, wenn sie die Ausübung der beruflichen Tätigkeit von Journalisten und die freie Information und Berichterstattung behindert und zunehmend erschwert?

20. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Störungen westlicher Fernseh- und Rundfunksendungen durch die DDR?
21. Stellen nach Auffassung der Bundesregierung die folgenden Sachverhalte einen nach dem Viermächteabkommen unzulässigen einseitigen Versuch der Änderung des Status von Berlin dar:
 - Abschaffung der besonderen Ausweise der Ost-Berliner Delegierten in der Volkskammer,
 - Bestellung des Oberbürgermeisters für den Ostsektor von Berlin zum Mitglied des Ministerrates der DDR,
 - Änderung der Einreisebestimmungen für Ausländer,
 - Aufhebung der Kontrollposten an den Übergängen von Ost-Berlin in das Gebiet der DDR,
 - Einstellung des Verordnungsblattes von Groß-Berlin, mit dem Vorschriften der DDR förmlich in Ost-Berlin verbindlich gemacht wurden?
22. Stellen nach Auffassung der Bundesregierung folgende Sachverhalte eine Behinderung der im Viermächteabkommen von Berlin garantierten Bindungen zwischen dem Westteil der Stadt und dem übrigen Bundesgebiet dar:
ständige Proteste
 - gegen Sitzungen von Landtagsfraktionen in Berlin,
 - gegen die Tagung eines Parlamentsausschusses des Europäischen Parlaments in Berlin,
 - gegen die Begleitung hoher ausländischer und alliierter Gäste nach Berlin durch den Bundesaußenminister,
 - gegen Sitzungen von Bundestagsfraktionen in Berlin,
 - gegen die Beteiligung Berlins an der Wahl zum Europäischen Parlament?
23. Wie beurteilt die Bundesregierung die Stoßrichtung gegen Freiheit, Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins durch Artikel 7 des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 7. Oktober 1975“?
24. Ist der Bundeskanzler bereit, anlässlich des geplanten Zusammentreffens mit dem Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, die Auffassung der Bundesregierung über die weitere Entwicklung der Bindungen Berlins zum Bund deutlich zu machen und die auch in diesem Punkt restriktive Interpretation des Viermächteabkommens durch die Sowjetunion nachhaltig zurückzuweisen?
25. Wie hoch ist die Zahl der Zurückweisungen bei Einreisen nach Ost-Berlin und in die DDR im Jahre 1976 sowie im

Januar 1977 gewesen und wie wird die Bundesregierung auf die ansteigende Zahl von Zurückweisungen reagieren?

26. Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß die der Bundesrepublik Deutschland im Viermächteabkommen übertragene Befugnis zur Außenvertretung von Berlin (West) auch durch die Ostblockstaaten in vollem Umfang respektiert wird?

II. Zur Situation der DDR selbst

Nachdem die Bundesregierung in früheren Jahren ausführliche Materialien zur Lage in der DDR selbst vorgelegt hatte, erscheint es notwendig, auch 1977 zur Situation dort Stellung zu nehmen.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den zunehmenden Druck der DDR-Behörden auf jene Deutsche, die die Bürgerrechte der DDR-Verfassung verwirklicht sehen wollen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die regimiekritischen Vorgänge in der DDR, die beispielsweise ihren Ausdruck in den Vorfällen in Riesa und in der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz finden?
3. Wie schätzt die Bundesregierung die zunehmende Zahl der Ausreisewilligen ein? Welche Folgerung zieht sie daraus?
4. Welche Erkenntnisse kann die Bundesregierung über die Zahl der politischen Häftlinge in der DDR, die Dauer ihrer Untersuchungshaft, das Strafmaß bei Verurteilungen und über die Haftbedingungen mitteilen?

III. Die DDR im kommunistischen Machtbereich

Seit Jahren versucht die Sowjetunion ihre Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts und insbesondere zur DDR primär nicht auf völkerrechtlicher, sondern zunehmend auf staatsrechtlicher Grundlage zu entwickeln, um so diese Staaten immer enger an sich zu binden.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung im Verhältnis DDR-Sowjetunion auf der Grundlage des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 7. Oktober 1975“ insbesondere hinsichtlich
 - a) der dort erklärten „Beziehungen der ewigen und unverbrüchlichen Freundschaft“,
 - b) der Grundsätze und Ziele der dort formulierten „sozialistischen Außenpolitik“, die „günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus“ zu gewährleisten,

- c) der dort verabredeten weiteren Annäherung der „sozialistischen Nationen“,
 - d) der angestrebten langfristigen Koordinierung der Volkswirtschaftspläne sowie der „Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration“?
2. Welche Funktion erfüllt nach Auffassung der Bundesregierung die DDR im Militärgefüge des Warschauer Pakts, insbesondere auf dem Hintergrund der zunehmenden Rüstung im Ostblock?
 3. Welchen Stellenwert nimmt die SED als sogenannte Staatspartei der DDR im ideologischen Kampf der kommunistischen Staaten des Ostblocks gegenüber der westlichen Welt ein?
 4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einbindung der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen der DDR gegenüber westlichen Ländern, speziell gegenüber der Bundesrepublik Deutschland?

IV. Zu internationalen Aktivitäten der DDR

Ihre durch den Grundvertrag ermöglichte internationale Anerkennung benutzt die DDR, um weltweit gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu agitieren. Hierzu gehören u. a. Versuche, Berlin in internationalen Gremien von der Bundesrepublik Deutschland zu trennen, die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland durch Zusammenwirken der SED mit westeuropäischen kommunistischen Parteien zu schädigen und sich im Ausland als der eigentliche Repräsentant Deutschlands aufzuspielen. Auch diese Aktivitäten kennzeichnen den Charakter der innerdeutschen Beziehungen.

1. Wie will die Bundesregierung den zunehmenden internationalen Aktivitäten der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen die Zugehörigkeit Berlins zum Bund begegnen?
2. Was hat die Bundesregierung unternommen, um entsprechend „Geist und Buchstaben“ des Viermächteabkommens über Berlin vom 3. September 1971 zu gewährleisten, daß Berliner im internationalen Bereich ungehindert in Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland vertreten sein und mitarbeiten können?
3. Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Bestrebungen der DDR, zum Schaden der Bundesrepublik Deutschland im Ausland sich als Sachwalter der „wahren kulturellen und humanistischen deutschen Tradition“ aufzuspielen?
4. Welche Position nimmt die SED als sogenannte Staatspartei der DDR gegenüber den kommunistischen Parteien in Westeuropa ein, und welche Aktivitäten entfaltet sie gegenüber diesen Parteien?

Ist die Bundesregierung bereit, Einzelheiten der Zusammenarbeit der SED mit diesen Parteien dem Bundestag mitzuteilen?

5. Welche Rolle spielt die DDR nach Auffassung der Bundesregierung bei der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Unterstützung kommunistischer Bewegungen in der Welt, deren Ziel es ist, die Ordnung von Staaten zu beseitigen, zu denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält?

Bonn, den 16. Februar 1975

Kohl, Zimmermann und Fraktion